

Kebschull, Dietrich

**Article — Digitized Version**

## Wende in der Gemeinsamkeit

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Kebschull, Dietrich (1984) : Wende in der Gemeinsamkeit, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 64, Iss. 2, pp. 54-55

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135884>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## Wende in der Gemeinsamkeit

Das Image der Entwicklungspolitik ist in der Bundesrepublik Deutschland trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten und unübersehbarer Ausländerfeindlichkeit gut. Drei Viertel der Bevölkerung bejahen nach dem Ergebnis einer Umfrage vom Dezember 1983 die Hilfe an die Länder der Dritten Welt. Die Opposition läßt jedoch an der jetzigen Form und Ausrichtung der Zusammenarbeit kein gutes Haar.

Uwe Holtz, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, und sein Fraktionskollege Schluckebier beendeten Anfang Januar die mehrjährige Phase der weitgehenden Übereinstimmung über die Entwicklungspolitik zwischen allen Parteien. Enttäuschend, verwirrend und doppelbödig sei die Politik der neuen Regierung und stets willfährig im Sog der Reagan-Administration, bei der Entwicklungsländer nach dem Muster des Ost-West-Konflikts in eine Freund-Feind-Schablone gepreßt werden. Die angestrebte größere Beschäftigungswirksamkeit der Hilfe könne nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Auswahl der Projekte nun zunehmend den Interessen der deutschen Wirtschaft folge, während die Bedürfnisse der Entwicklungsländer auf der Strecke blieben. Die Hilfe entarte zu einem Schmiermittel des deutschen Exports. Außerdem seien die Verpflichtungsermächtigungen, mit denen der Rahmen für künftige Projekte und Programme festgelegt wird, so drastisch reduziert worden, daß in einigen Jahren mit einem Rückgang der Hilfe gerechnet werden müsse. Auf diese Weise sei mit scheinbar kleinen Drehungen und Veränderungen auch in diesem Bereich die „große Kehrtwende“ vollzogen worden.

Solche Attacken waren in der deutschen Entwicklungspolitik schon fast in Vergessenheit geraten. Ob sie zu Recht erfolgen, ist pauschal schwer zu beweisen. Das liegt schon an den Zielformulierungen für die Entwicklungspolitik, aus deren Veränderung allein auf eine Wende in der Politik geschlossen werden könnte. Sie waren und sind ein Gemenge aus wirtschaftlichen, politischen und sozial-humanitären Vorstellungen mit wechselnden Schwerpunkten. Einigkeit besteht allerdings seit langem darin, daß die Zusammenarbeit als „Hilfe zur Selbsthilfe“ konzipiert sein müsse und daß sie besonders den ärmsten Bevölkerungsgruppen, Ländern und Regionen zugute kommen solle. Außerdem soll sie langfristiger als die Außen- und Wirtschaftspolitik ausgerichtet sein.

Die mit der Armutsorientierung verbundene Priorität der Grundbedürfnisdeckung hat unmittelbare wirtschaftliche Implikationen. Denn die bei der Verfolgung eines solchen Ansatzes in den Entwicklungsländern benötigten Güter und Anlagen können nur in einem sehr begrenzten Ausmaß aus der Bundesrepublik stammen, deren Wirtschaft ihre Wettbewerbsvorteile bei technologisch hochwertigen Maschinen und Ausrüstungen hat. Armutsbezug und Grundbedürfnisdeckung in der Entwicklungspolitik bedeuten insofern weniger zusätzliche Aufträge und geringe Beschäftigungseffekte im Geberland.

Wenn dennoch immer wieder versucht wurde, Entwicklungspolitik mit Hilfe vermeintlich positiver Beschäftigungseffekte im Inland zu rechtfertigen, so ist und bleibt dies für die gesamte Politik widersinnig. Denn erstens erreicht der auf diese Weise erzielte zusätzliche Export unter gesamtwirtschaftlichem Aspekt weder nennenswerte Größenordnungen noch ließe er sich längerfristig sichern. Zweitens besteht die Gefahr, daß so nicht mehr wettbewerbsfähige Unternehmen unterstützt und strukturelle Probleme allenfalls für kurze Zeit verdeckt,

nicht aber gelöst werden. Und schließlich widerspricht es dem entwicklungspolitischen Grundgedanken und steht Verfechtern marktwirtschaftlicher Ordnungsprinzipien besonders schlecht an, wenn den Nehmerländern unter Verzicht auf internationalen Wettbewerb über die Lieferbindung höhere Preise aufgenötigt würden.

Daß andere Geberländer die Bindungspraxis wesentlich härter betreiben und die Konkurrenten deutscher Unternehmen zum Teil staatlich gefördert werden, kann auch kein Argument dafür sein, daß mit Hilfe der Entwicklungspolitik Beschäftigungspolitik betrieben werden kann. Entwicklungspolitisch sinnvoller wäre es, sich verstärkt für einen internationalen Abbau dieser Praktiken einzusetzen, statt dem Zug der Zeit zu folgen, wie es die neue Regierung offensichtlich für geboten hielt. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund des weltweit gewachsenen Protektionismus bedenklich, der die Lage der Dritten Welt zusätzlich zu den zahlreichen sonstigen Problemen erschwert. Auch bei starkem innenpolitischen Druck kommt es darauf an, bei der Wahrung von Eigeninteressen das notwendige Augenmaß zu behalten. Zur Beschäftigungssicherung und -steigerung gibt es mit dem vielfältigen Instrumentarium der Ausfuhr- und Investitionsförderung bessere Möglichkeiten als mit einer strukturzementierenden Lieferbindung von Entwicklungskrediten. Was frühere Regierungen beherzigt haben, sollte die neue nicht in den Wind schlagen und diese Akzentverschiebung schnellstmöglich zurücknehmen.

Wichtiger als die Lieferbindung erscheint für eine wirtschaftsfreundliche Entwicklungspolitik ihre langfristige Ausrichtung, die nicht an kurzfristige konjunkturelle oder außenpolitische Ereignisse gebunden ist. Es ist zu begrüßen, daß die jetzige Regierung in dieser Frage offensichtlich keine grundlegenden Veränderungen vorzunehmen gedenkt. Daß es bei Beziehungen zu mehr als 120 Entwicklungsländern über die Behandlung einzelner Staaten zu Meinungsverschiedenheiten innerhalb und zwischen den Parteien kommt, ist nicht neu. Führten bei früheren Regierungen ideologische Überzeugungen zur Bevorzugung eher sozialistisch ausgerichteter Länder, so geht es heute mehr um die Unterstützung nicht-sozialistisch experimentierender Staaten. Solche Auseinandersetzungen helfen aber den Entwicklungsländern wenig. Deshalb kommt es darauf an, die Entwicklungspolitik auf ihre eigentliche Aufgabe zu konzentrieren. Anlaß zur Aufkündigung der konstruktiven Zusammenarbeit zwischen den Parteien sollten solche Meinungsverschiedenheiten nicht sein.

Der Vorwurf des kritiklosen Befolgens von Wunschvorstellungen der USA, bei denen die politische oder wirtschaftliche Drohung gegenüber Ländern der Dritten Welt nicht zuletzt wegen der eindeutigen Dominanz der Außen- und Verteidigungspolitik durchaus Tradition hat, ist ebensowenig begründet wie die Anklage einer Überbewertung der Wirtschaftsinteressen. Ebenso unberechtigt erscheint die Kritik an der Reduzierung der Verpflichtungsermächtigungen. Denn jede neue Regierung sollte das Recht haben, regionale und sektorale Schwerpunkte zu verändern und die nach ihrer Auffassung effizientesten Konzepte zu verfolgen. In der Entwicklungshilfe war dies kaum möglich, da die bisherigen Regierungen für die Zukunft bereits Verpflichtungen in etwa vierfacher Höhe des BMZ-Haushalts eingegangen waren, die als nahezu völkerrechtlich verbindlich anzusehen sind. Um hier zu konsolidieren und damit auf längere Sicht Spielräume für neue Vorhaben zu schaffen und nicht lediglich Abwickler früherer Politikvorstellungen zu sein, war es notwendig, die Ermächtigungen zu reduzieren. Dies ist aus der Sicht der Entwicklungspolitik unbedenklich, wenn in zwei bis drei Jahren wieder kräftig expandiert wird. Dies aber dürfte schwierig sein, nachdem man dem Finanzminister auf diese Weise signalisiert hat, daß man, wenn auch vorübergehend, freiwillig Terrain freigibt.

Insgesamt ist festzustellen, daß die gegenwärtige Entwicklungspolitik nichts enthält, was frühere Regierungen nicht bereits in ähnlicher Form geplant oder durchgeführt hätten. Die Interessen der Entwicklungsländer stehen im Vordergrund. Die Schwerpunkte der Projekt- und Programmpolitik gelten weiterhin. Schon jetzt von einer Wende zu sprechen, erscheint ebenso überzogen wie der Versuch, den Streit zwischen den Parteien auf diese Weise anzuheizen. In der Entwicklungspolitik geht es weniger um Parteien und Ideologien als vielmehr um das Schicksal von Millionen von Menschen. Dies war der Grund für die mehrjährige sachliche konstruktive Zusammenarbeit in der Bundesrepublik. Es wäre schade, wenn diese Gemeinsamkeit verlorengeinge.